

## Inhalt

**Januar/Februar 2006**

Vorwort	2
Termine	3
Protokoll der letzten Mitgliederversammlungen	4-6
Unterstützerbrief für Ex-Steffi	7
Kernenergie, Schutz von Frauen, neuer Vorstand, OB-Kandidat	8-9
Durlacher Rundbrief	10
<b>Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:</b>	
• Liste der Initiativen und Pressemitteilungen, Biotonne	11
• Beirat für Menschen mit Behinderungen	12
• Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus	13
• Nachtragshaushaltsberatung	14
• Kurz berichtet	15
<b>Aus der Landtagsfraktion:</b>	
• Passagierflughafen Lahr	16
• Landesveranstaltungen zu "200 Jahre Baden"	16-17
<b>Aus der Bundestagsfraktion:</b>	
• Einbürgerungsfragebogen	18
• Rede zu REACH, PM zur Zebratone	19
GRÜNE Kontakte	

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Jahr 2005 mit der vorgezogenen Bundestagswahl ist kaum zu Ende, da spüren wir schon, wie bitter nötig grüne Handschrift auf allen Ebenen der Politik ist: Auf Bundesebene werden die Stimmen, die sich für einen atompolitischen Rückfall aussprechen, immer lauter - übrigens vornehmlich aus dem Süden der Republik.

Apropos Süden: Eine schwer nachvollziehbare Idee der baden-württembergischen Landesregierung ist der "Gesinnungstest" für Muslime, die deutsche Staatsbürger werden wollen. Hier scheint die Regierung Oettinger Repression und Integration zu verwechseln.

Auf kommunaler Ebene holt die FDP die Zebratone aus der Versenkung und zeigt sich beim Thema "verantwortungsvolle Müllentsorgung" beratungsresistent.

Diese und viele andere Misstände führen uns vor Augen, wofür es auch 2006 zu kämpfen gilt. Wir Karlsruher Grüne sind dieses Jahr als Wahlkämpfer gleich mehrfach gefordert. Bei der Landtagswahl kämpfen wir für den Parlamentseinzug unserer zwei hervorragenden Kandidatinnen. Frauenpower aus Karlsruhe, mit den Themenschwerpunkten Bildung und Ökologie - das brauchen wir nach 50 Jahren CDU-Regierung dringend. Wir bitten euch um Mithilfe und begrüßen herzlich alle, die ihren Teil dazu beitragen möchten. Im Sommer steht dann schon die nächste Wahl ins Haus. Auch bei der OB-Wahl haben wir einen eigenen, bestens geeigneten Kandidaten; auch hier wird eure Hilfe gebraucht. Wie ihr seht, verspricht auch dieses Jahr spannend und anspruchsvoll zu werden und mit euch politisch auch deutlich grüner.

Damit eine gute grüne Programmatik entsteht ist die Arbeit im Vorfeld von größter Bedeutung. Wir sind überzeugt davon, dass viele gute Ideen in euren Köpfen nur darauf warten, mit uns geteilt zu werden. Aus diesen Grund wollen wir in diesem Jahr die Arbeit der bestehenden Arbeitskreise intensivieren und neue Arbeitskreise entstehen lassen. Dazu werden wir Konzepte entwickeln und euch in naher Zukunft mitteilen.

Wenn euch 2006 nach diesem kurzen Ausblick sehr arbeitsintensiv erscheint, so kann ich eure Einschätzung nur teilen.

Die Mühe wird sich aber lohnen.

Politik muss grüner sein, denn damit wird sie ökologisch verantwortungsbewusster, gesellschaftlich liberaler, sowie wirtschafts- und finanzpolitisch nachhaltiger.

Für 2006 wünschen wir euch nicht nur Gesundheit, Erfolg und Glück, sondern auch die Erfüllung eurer Träume. Vielleicht träumt ihr ja von einer Welt, in der wir unseren politischen Zielen ein Stück nähergekommen sind.

Viele liebe Grüße, euer Alexander



**Mitgliederversammlung** jeden 2. Mittwoch im Monat um 20 Uhr im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7

### **Die Februar - MV ist am Mittwoch, 08.02.**

TOP 1: **Wahlkampf**

TOP 2: Aktuelle politische Debatte, dabei Bericht über Entwicklung bei Ex-Steffi

TOP 3: Wahl von Delegierten für den Landesfinanzrat

TOP 4: Wahl von 2 RechnungsprüferInnen

TOP 5: Diskussion um den Flugplatz Lahr (Renate Rastätter, MdL)

**Herausgeber:** Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt  
**Layout:** Johannes Honné  
**Druck** Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe  
**Auflage** 260 Exemplare

*Gedruckt auf Umweltpapier  
Titelbild by Tanja Saini*

**Fr. 17.02. 18:00 Winfried Kretschmann kommt nach Karlsruhe***Durlach, Nikolauskapelle, Basler-Tor-Straße 6***Mi. 22.02. 19:00 Wahlkampfauftakt-Fest** der Grünen KA-Stadt und KA-Land  
mit unseren Kandidatinnen**Renate Rastätter, Gisela Splett, Angelika Sell-Kamuf, Gabriele Aumann****Musikalisches Programm** mit den **WEIBrations** und dem Karlsruher Künstler **Matthias Graf**  
*im Jubez, Kronenplatz***Podiumsdiskussionen verschiedener Organisationen zur Landtagswahl**  
(bitte unterstützt unsere Kandidatinnen!)

- Do. 26.01. 20:00 GOTEK, Gablonzerstraße 11: **Kandidatenpodium für Karlsruhe-West**  
 Mi. 01.02. 18:30 Laurentius-Gemeindezentrum, Hagsfeld, Schäferstr. 3: **Podium Nordtangente**  
 Di. 07.02. 16:00 PH: Podiumsdiskussion zu **Bildung und Lehrerbildung**  
 Mi. 08.02. 19:00 Ort noch unklar: **BUND zum Thema Gentechnik**  
 Mi. 15.02. 19:30 Oststadt, Pizzahaus Rintheimer Str. 2: **"Ost-Landtagskandidaten-Gipfel"**  
 Do. 16.02. 10:45 Kongresszentrum: Learn teach: Podiumsveranstaltung zu **Bildung**  
 Fr. 17.02. 19:30 Stefansaal: Podiumsdiskussion des **Bildungswerks der Erzdiözese FR zu Bildung**  
 Di. 21.02. ?? Podium des Sportkreis Karlsruhe

**Veranstaltungskalender der Durlacher Grünen**

Wir treffen uns im Kinder und Jugendhaus, Basler-Tor-Zentrum, Weiherstr. 1, wo selbstverständlich während der Sitzung nicht geraucht wird. Alle Mitglieder und Freunde der Durlacher Grünen sind herzlich eingeladen.

Di, 24.1.06	20:00 Uhr	Basler-Tor-Zentrum	Bericht aus dem Ortschaftsrat
Di, 14.2.06	20:00 Uhr	Basler-Tor-Zentrum	Anne Segor mit einem Bericht aus dem Gemeinderat
Fr, 17.2.06.	18:00 Uhr	Nikolaus-Kapelle	Winfried Kretschmann und Gisela Splett

**Abgeordnetenfahrt nach Berlin im April**

Das Wahlkreisbüro von Sylvia läuft jetzt nach einigen kleineren Hardwareproblemchen reibungslos.

Bitte beachtet die neuen Kontaktdaten (siehe Bundestags-Seiten). Eine meiner Aufgaben ist die Organisation von Reisen. Die erste Abgeordnetenfahrt von Sylvia, die komplett vom Bundespresseamt bezahlt wird, steht inzwischen fest:

**Hinfahrt 05.04. (Mittwoch) ab Karlsruhe (via Mannheim)**

**Rückfahrt: 08.04. (Samstag) ab Berlin Zoo (wieder über Mannheim).**

Ich nehme ab sofort Eure Anmeldungen entgegen; schickt eine Mail an:

[sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de) – ihr bekommt dann Anmeldeformulare von mir.

*Ulrike Maier*

## Protokoll der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 16.11.2005

**Leitung** Christian Brugger

**Protokoll:** Anke Weidlich

**Anwesend:** 15 Mitglieder, 2 Nichtmitglieder, die beide im Laufe der Veranstaltung zu Mitgliedern wurden - herzlich willkommen Marco und Stefan!

Thema der Mitgliederversammlung war die Besprechung des Programms zur Landtagswahl (LTW) in Baden-Württemberg im März 2006 und die Vorstellung und Abstimmung von Änderungsanträgen zu diesem Programm.

Sylvia Kotting-Uhl stellte zu Beginn das LTW-Programm vor und erläuterte wichtige Punkte. Das Programm setzt zwei Schwerpunkte: zum einen die Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie, zum anderen das Thema Bildung. Tenor des Ökonomie-Ökologie-Teils ist, dass die Zukunft verschläft, wer nicht konsequent auf eine ökologische Ausrichtung der Wirtschaft setzt (Beispiele: mittlerweile arbeiten doppelt so viele Menschen im Umweltbereich wie in der Automobilindustrie, Dieselrußfilter hat hier viele Arbeitsplätze gekostet). Beim Thema Bildung wird herausgestellt, dass für Grüne die Bildung ein Grundrecht, eine Gerechtigkeitsfrage, ein Wettbewerbsfaktor und eine öffentliche Aufgabe ist.

Das Programm gliedert sich in fünf Teile:

- Lebenswertes Baden-Württemberg
- Kluges Baden-Württemberg
- Erfolgreiches Baden-Württemberg
- Gerechtes Baden-Württemberg
- Verantwortungsvolles Baden-Württemberg

Es gab die Idee, ein sechstes Kapitel zu dem Thema aufzumachen, wie man mit den Verlierern unseres Systems umgeht; dies konnte sich jedoch nicht durchsetzen.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob in der Präambel Aussagen zu möglichen Koalitionen (schwarz-grün ja oder nein) gemacht werden sollen. Aus vielerlei Gründen hatte man sich dagegen entschieden. Hierzu entstand in der Runde eine Diskussion, in der ebenfalls die Meinungen gegen eine solche Aussage überwogen.

Auch wurde diskutiert, wie man erfolgreich für die neunjährige Basisschule wirbt, ohne dass dies in der Wahrnehmung mit dem Konzept der Gesamtschulen gleichgesetzt wird.

Drei Anträge wurden vorgestellt und diskutiert:

Andreas Enke stellt den Antrag, dass das Land sich für eine bundesweite Gleichstellung des BA-Studiums (Berufsakademie) mit dem FH-Studium einsetzt. Viele fühlten sich nicht kompetent, diese Frage zu beantworten und Renate Rastätter schlug vor, dieses Thema in Form einer Anfrage an den Landtag einzubringen. Für den Antrag stimmten drei, dagegen zwei Mitglieder, alle anderen enthielten sich der Stimme.

Änderungsantrag des KV Karlsruhe-Stadt:

Die LDK möge beschließen:

Im Kapitel „Hochschulen in Hochform bringen“ soll (nach dem 2. Absatz) auf Seite 7 Zeile 17 (Internetversion) folgender Satz eingefügt werden: „Die Grünen treten für eine bundesweite Gleichstellung der Abschlüsse der Berufsakademie mit FH - Abschlüssen ein.“

Begründung:

BA-Studenten bieten genau das, was immer wieder gefordert wird: Junge, gut und praxisnah ausgebildete Absolventen.

Sowohl der Inhalt als auch die Vorlesungszahl an den Berufsakademien entspricht denjenigen, die für FH - Studiengänge üblich sind.

Eine Anerkennung der Abschlüsse würde die Chancengleichheit, sowohl auf dem Arbeitsmarkt, als auch bei weiterführenden Studiengängen, schaffen.

Beschlossen auf der KMV 16.11.2005

Christian Brugger stellt einen Antrag der Grünen Jugend vor, der statt einem gebührenfreien Erststudium bis zum Bachelor ein gebührenfreies Erststudium bis zum Master fordert. Die Frage um Studiengebühren wurde sehr kontrovers diskutiert, Gebühren ablehnende Argumente überwogen. Der Antrag wurde mit 15 Stimmen dafür und einer dagegen bei keiner Enthaltung angenommen.

Christian Brugger stellt einen weiteren Antrag der Grünen Jugend zum Thema Ausbildungsplatzabgabe vor. Nach einer kürzeren Diskussion stimmten acht Mitglieder für den Antrag, keiner dagegen und sieben enthielten sich.

Für uns alle überraschend und unfassbar ist am 1.12.05 in den frühen Morgenstunden Peter Steinborn gestorben. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der GRÜNEN und war lange Zeit im Bundesausschuss, im Kreisvorstand und im Arbeitskreis Ökologie. Wir trauern um ihn als einen kritischen, oft unbequemen Mitstreiter und einen liebenswerten, stets zuverlässigen Freund. *Sabine Just-Höpfinger*

## Protokoll der Mitgliederversammlung am 14.12.2005

**Leitung** Christian Brugger

**Protokoll** Michael Borner

**Anwesend:** 23 Mitglieder und einige Gäste

### **TOP 1: Wahlen in die Landesarbeitsgruppen (LAG)**

Vorstellung der LAG's und Projektgruppen (PG): LAG Christen, LAG Europa/Internationales (AG Europa und AG Internationales), LAG FrauenPolitik, LAG Gesundheit (PG Drogen und PG Ethik), LAG Ökologie (AG Mensch und Tier), LAG Schule (AG Hochschule), LAG Wirtschaft und Finanzen, PG Gewerkschaften, PG Forum Ältere bei den Grünen

Wer Interesse hat, bei einer dieser Gruppen mitzuwirken, soll sich bitte beim Vorstand melden.

### **TOP 2: Bericht von der LDK**

Gisela berichtet: div. Wahlen, die Stimmung und das Debattenniveau waren gut, die Anträge des KV Karlsruhe: Gebührenfreies Studium bis Master wurde mit 98: 97 Stimmen abgelehnt.

Harald ergänzt: war zum ersten Mal dabei und es sei eine große Erfahrung gewesen.

### **TOP 3: Bewerbung als Kandidat zum Oberbürgermeister: Klaus Stapf**

Klaus kritisierte in seiner Bewerbungsrede die Politik der letzten Jahre. Er nahm Stellung zur Neuen Messe mit 13 Mio. € Defizit; das Desaster Thermoselect; Nordtangente; Baden-Airport mit einer jährlichen Bezuschussung von 1,3 Mio €, die Bebauung des Alten Flughafens; dass Sparen keinen Spaß macht bei sozial schwachen MitbürgerInnen.

In der Ära Fenrich wurden 100 Mio € Rücklagen abgebaut, div. Bewerbungen (Olympia, Kulturhauptstadt) haben nicht geklappt, so dass Karlsruhe in die Gefahr gerät ein Looserimage zu erhalten, die Bemühungen Karlsruhe in eine Metropolregion zu integrieren wurden von der Ratssausspitze völlig verschlafen.

Es gebe aber auch ein Umdenken von Fenrich: Es wurde mehr Geld ausgegeben für die Betreuung von Kindern oder für die Förderung von Solarenergie. Klaus sieht den Grund darin, dass die CDU im vergangenen Jahr bei den Kommunalwahlen eine empfindliche Schlappe erlitt.

Klaus tritt als Oberbürgermeister für eine bessere Vernetzung von Umwelt, Gesundheit und Wirtschaft ein. Er möchte Aktivitäten entwickeln für bessere Luft, Lärmschutz, Klimaschutz in Karlsruhe, die Bebauung von Frischluftschneisen verhindern, z. B. Untere Hub.

In Karlsruhe sind schon 43 % der Fläche bebaut, die kritische Marke liegt bei 40%. Die Hochwassergefahr steige bei zunehmender Flächenversiegelung.

In der Wirtschaftsförderung ist Klaus für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Hauptrichtung der Wirtschaftsförderung zu IT und Elektrotechnik sei richtig gewesen. Es muss aber auch geklärt werden, welche Branchen zukünftig erfolgreich sein werden. Es müsse auch eine angenehme Umfeldgestaltung für regenerative Energien geschaffen werden. Klaus fordert ein Kompetenzzentrum für regenerative Energie, in dem Handwerker, Hochschulen, Energiebetriebe an neuen Energieformen arbeiten.

In der Qualifikation von ArbeitnehmerInnen sieht Klaus auch eine große Zukunftschance. ArbeitnehmerInnen müssen immer weiter qualifiziert werden. Es muss geprüft werden, welche Weiterbildungslandschaft wir haben möchten.

Laut Klaus ist Wirtschaft in Karlsruhe Chefsache, die oft geheim und hinter verschlossenen Türen stattfindet, er fordert hier mehr Transparenz.

Im Bereich Soziales stellt sich Klaus eine ganztägige Kinderbetreuung vor, er fordert mehr Ganztagschulen und zwar für alle Schultypen. Die Steigerung dieser Angebote muss noch schneller vonstatten gehen.

Er will sich auch für ein familienfreundlicheres Karlsruhe einsetzen, mehr bezahlbarem Wohnraum für Familien, weg vom freistehenden Einfamilienhaus, bessere Freizeitmöglichkeiten.

Transparenz und Bürgerbeteiligung: Es gibt in Karlsruhe zu viele Zirkel, Ausschüsse, Aufsichtsräte. Diese sind oft nicht öffentlich. Klaus fordert auch hier wesentlich mehr Transparenz.

Haushalt: Klaus stellt sich in Zukunft einen Bürgerhaushalt vor, wie er auch schon erfolgreich in vielen Gemeinden Deutschlands praktiziert wird. Ein weiterer Ansatzpunkt könnten Konten für die einzelne Stadtteile sein.

In der Außenwirkung Karlsruhes fordert Klaus ein partnerschaftliches und selbstbewusstes Auftreten mit der Region.

Nachfolgend noch einige Worte von Klaus zu seiner Person und er beendet seinen Vortrag, dass er ein Oberbürgermeister für alle KarlsruherInnen sein will.

Klaus beantwortet noch Fragen zu: Kompetenzzentren, Baden-Airport, Tarifflicht und Lohndumping in den städtischen Gesellschaften, Nachhaltigkeit Finanzpolitik, Rheinbrücke und Nordtangente, KSC und Wildparkstadion, Fahr-

radkonzept, 2. Arbeitsmarkt, seniorenrechtliches Wohnen, Kultur, Gegenkandidaten, Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf, IKEA, Neue

Messe, Verhalten zu Groh, Müllverbrennung bei Stora Enso.

Wahl: Klaus wird in einer geheimen Wahl mit 23 von 23 abgegebenen Stimmen gewählt.

## Protokoll der Mitgliederversammlung am 11.01.2006

**Anwesend:** 21 Personen, davon 18 Mitglieder  
**Leitung** Alexander Mehrbreier, **Protokoll** Tanja Saini

### TOP 1: Gisela Splett berichtet vom Masterplan

Am 4. Mai wurde der Masterplan von OB Fenrich in einer PM erstmals vorgestellt. Ein Gegenpapier von Grüne und SPD: Strategische Überlegungen über die Zukunft unserer Stadt sind sinnvoll. Jedoch ist der Masterplan (bis heute!) ziemlich vage. Es wird gefordert, dass das Konzept klarer und die BürgerInnen mehr beteiligt werden sollen. Der OB nimmt Bürgerbeteiligung ins Konzept mit auf. Am 28. September folgte die Auftaktveranstaltung, zur Leiterin wird Frau Doris Giebeler berufen (Badisches Konservatorium). Der Masterplan wird mit dem von Ludwigsburg verglichen, allerdings war dort ein ganzer Sommer für die Bürgerbeteiligung vorgesehen.

Bis Nov. 2005 wurden Internet-, Passanten-, und VIP-Befragungen durchgeführt. Leider zielen diese sichtbar auf die Außenwirkung ab, sind nicht fachgerecht durchgeführt und ausgewertet.

Giselas Thesen zum Masterplan: Der Masterplan kommt für Karlsruhe zu einer unpassenden Zeit: Nach dem Scheitern diverser Bewerbungen und vor dem OB-Wahlkampf.

Zeitplan ist ebenfalls schlecht, im Mai soll die Planungsphase fertig sein, dies lässt aber zu wenig Raum für Beteiligung von Ämtern und Bürgern. Laut Gisela sollten Lebensqualität und Chancengleichheit der Bürger wichtiger sein als Stadtmarketing und Stadtgeburtstag!

### Klaus Stapf zum Masterplan

Es ist für viele Menschen deutlich erkennbar (z.B. für Leute aus der Verwaltung), dass der Masterplan der von der Stadt bezahlte OB-Wahlkampf ist. Die 12 Kernthemen sind überwiegend CDU-Themen. [www4.karlsruhe.de/rathaus/masterplan\\_2015/zweite\\_phase.de](http://www4.karlsruhe.de/rathaus/masterplan_2015/zweite_phase.de)

Klaus rät, dass sich die Grünen weiterhin bei Abstimmungen des Konzeptes enthalten, um einzelne Punkte kritisieren zu können. Wenn sich keine Besserung einstellt, kann man sich immer noch gegen das Konzept entscheiden.

In der **Fragerunde** wird erörtert, wie sich die Grünen weiterhin zu dem Masterplan verhalten sollen. Der Vergleich zu City 2015 wird gezogen. Vorgehen und Planung des OBs kritisiert.

Am 18. Januar ist die Zukunftskonferenz: Einladungen wurden nach dem Zufallsprinzip verschickt und sind nicht übertragbar (Michael Börner hat eine Einladung erhalten). Ein Teil der Bürgerbeteiligung ist also nicht öffentlich. Die Fraktion überlegt, deswegen einen Eilantrag zu stellen.

### TOP 2: Karlsruher Erklärung

Der AAKA = Aktionskreis Antifaschismus Karlsruhe <http://aaka.linke-seiten.de/> wünscht sich mehr Rückhalt in der Bevölkerung. Deswegen wurde die Unterschriftenaktion „Karlsruher Erklärung“ ins Leben gerufen: „Für Demokratie und Weltoffenheit in Karlsruhe“ (Unterschriftenliste ging auf der MV herum).

### TOP 3: Ex-Steffi / Selbstbestimmtes Wohnen e.V. <http://www.exsteffi.de/>

Selbstbestimmtes Wohnen e.V. erbittet Rückhalt durch „Unterstützungserklärungen“ (auf der Sitzung vorliegend). Einwände aus der Versammlung: Einige Formulierungen sind leicht missverständlich. Ute schlägt vor, „*Folgende Erklärung wird von uns unterstützt*“ voranzustellen.

**Abstimmung:** Unterstützung der Erklärung mit den Änderungen von Ute? Ja: 19; Nein: 0; E: 2

### TOP 4: Sonstiges

Christian zum Zookonzept Karlsruhe: Das Diskussionsforum im Internet, wo unter anderem das Eckpunktepapier erstellt werden soll, ist eröffnet: <http://zoo.idana1976.de>

Gisela: Pläne zur Kombilösung liegt im Moment im Weinbrennerhaus (gegenüber Rathaus) aus.

Die Wahlkampfkommission trifft sich am 18.01. um 20 Uhr im Grünen Büro. Ute Leidig bittet um rege Teilnahme und Unterstützung.

Zuletzt noch eine freudige Nachricht: Die Grünen Karlsruhe sind jetzt auf genau 200 Mitglieder angewachsen!

Die MV wird um 21:45 Uhr geschlossen.

**An:**

Oberbürgermeister Heinz Fenrich  
Dezernat 1  
Rathaus am Marktplatz  
76124 Karlsruhe  
Fax 0721 133-1019

**In Kopie:**

Ex-Steffi  
Betreff: Unterstützungserklärung  
Schwarzwaldstraße 79  
76137 Karlsruhe  
Fax 0721 9377 236

**Unterstützungserklärung**

Ich / Wir, , (Name, Anschrift)

unterstütze/unterstützen den Erhalt des linken Wohn- und Kulturprojekts Ex-Steffi und die folgende Erklärung:  
Nach dem Zwangsumzug `97 in die Schwarzwaldstraße 79 auf dem Gelände Hbf-Süd waren die Mietverträge auf drei Jahre befristet und wurden im September 2000 um drei weitere Jahre verlängert. Danach bekam der Verein „Selbstbestimmt Leben e.V.“, der Träger des Projekts, unerklärlicher Weise keine Verlängerung mehr. Obwohl es keinen Investor gab, wurde Januar 2004 die Räumungsklage eingereicht.

Im Vorfeld wurde zwischen der Stadtverwaltung und den UnterstützerInnen über eine Zukunft der Ex-Steffi verhandelt; jedoch in einer derart erpresserischen Weise, dass sich die UnterstützerInnen nicht mehr in der Lage sahen, weiter auf deren Bedingungen einzugehen. Die Verhandlungen wurden im Dezember 2003 abgebrochen. Durch einen gerichtlichen Vergleich kam letztendlich ein Räumungsaufschub bis 31. Januar 2006 zustande! Es ist immer noch kein geeignetes Ersatzobjekt in Aussicht.

Die Situation auf dem Gelände Hbf-Süd hat sich seit Jahren nicht verändert, was heißt, dass die Stadt für ihren geplanten „Time Park“ weder einen vollzugsreifen Bebauungsplan noch einen Investor vorweisen kann.

Die Ateliergemeinschaften, die sich in unmittelbarer Nähe zur Ex-Steffi befinden, dürfen bis drei Monate vor konkretem Baubeginn bleiben.

Statt 15% des Geländes Hbf-Süd den KünstlerInnen und der Ex-Steffi als eine „Kulturoase“ zu überlassen, besteht die Stadtverwaltung auf ihren gerichtlichen Beschluss. Ein besonders eifriger Vertreter dieser Haltung ist OB Fenrich.

Dieser ist in keiner Weise um eine zufriedenstellende Lösung für beide Parteien bemüht. Fast die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates können diese sture Haltung nicht verstehen. Die Grünen haben in einem offenen Brief

bereits Stellung für uns bezogen:

[www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/](http://www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/).

Trotzdem betitelt OB Fenrich das Projekt weiterhin als Schandfleck hinterm Hbf und begründet den geplanten Abriss

einzig und allein mit der Aufwertung des Geländes für erhoffte Investoren.

Tatsache ist, dass wir nicht in seine Vermarktungsstrategie passen und von der Bildfläche verschwinden sollen.

Die Ignoranz der Stadtverwaltung gegenüber bestehenden Lösungsmöglichkeiten ist nicht tragbar.

Linke Freiräume haben ihre Berechtigung. Sie sind notwendig, weil sie vielen Menschen nicht nur eine Alternative, sondern auch eine Grundlage für ein Leben entgegen den Zwängen der kapitalistischen Gesellschaft bieten.

Das Projekt Ex-Steffi zeigt, dass es auch anders gehen kann. Durch gemeinsames und eigenverantwortliches Handeln werden Menschen aktiv und gestalten sich einen Raum, in dem es nicht um Konkurrenz geht, nicht um puren Konsum, sondern um ein produktives Miteinander ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

**Wir fordern den unbedingten Erhalt des Projektes Ex-Steffi !!**

**Wir fordern die Akzeptanz von selbstbestimmten Freiräumen, überall !!**

Ort, Datum, Unterschrift oder Stempel der Unterstützenden

( ) Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens als UnterstützerIn der Ex-Steffi einverstanden.

Pressemitteilung vom 28.10.2005

## **Grüne sehen Kernenergie als Sackgasse**

In einer gemeinsamen Presseerklärung stellen sich der Kreisverband der Karlsruher Grünen und die Grüne Gemeinderatsfraktion hinter die Kundgebung der Umweltinitiativen am Samstag, den 29.10.05 gegen den in nächster Zeit geplanten Castortransport durch Karlsruher Gebiet. „Wir teilen die Besorgnis der Umweltgruppen über die Gefährlichkeit von Atom-mülltransporten durch städtisches Gebiet“, so Andreas Ruthardt, energiepolitischer Sprecher der Grünen Gemeinderatsfraktion. „Die Castortransportbehälter sind gemessen am Gefahrenpotential des Atom-mülls völlig unzureichend vor Unfällen geschützt. Die Stadt Frankfurt hat aus diesem Grund ein Durchfahrverbot durch Wohngebiete verhängt. Und auch wenn der Transport ohne Zwischenfälle verläuft, gibt es immer wieder Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte.“

Die Grünen weisen zudem auf die Gefährdungen und Belastungen durch atomtechnische Anlagen in der Region hin. „Da ist zum einen das vor kurzem fertig gestellte Zwischenlager in Philippsburg. Weil ein Endlager für Atom-müll in Deutschland nach wie vor fehlt, wird hier nun dauerhaft Atom-müll in Castorbehältern deponiert. Und dann haben wir noch die Verglasungsanlage im Forschungszentrum vor der Haustür, in der die hochbrisante „Atomsuppe“, die in 20 Jahren Wiederaufbereitung abge-

brannter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken entstanden ist, transportfähig gemacht werden soll. Die Glaskokillen mit dem Atom-müll werden bis zum endgültigen Abtransport frühestens 2008 auf dem WAK-Gelände zwischengelagert. Auch das macht uns Sorgen“ sagt Stadtrat Ruthardt.

Die permanente Gefährdung der Bevölkerung durch solche Anlagen und der enorme Aufwand und die Kosten, um das Risiko einigermaßen in Grenzen zu halten und die Entsorgung zu bewerkstelligen, zeigen nach Ansicht der Grünen, dass die Kernenergie keine Zukunft hat.

Damit widersprechen die Karlsruher Grünen entschieden den jüngsten Versuchen der Gewerkschaften Verdi und IG Bau, der Energieversorger und aus CDU-Kreisen die Laufzeiten von Atommeilern entgegen dem von der rotgrünen Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg wieder zu verlängern.

„Die einzige Alternative für eine sichere und zukunftsträchtige Energieversorgung sehen wir in den regenerativen Energien“ so Andreas Ruthardt. „Gerade in Karlsruhe haben wir mit viel badischer Sonne von oben und reichlich geothermischer Energie von unten ein erhebliches Potential.“ Dies zu nutzen, muss ein wichtiges Ziel der Karlsruher Kommunalpolitik sein, fordert die Grüne Gemeinderatsfraktion.

Pressemitteilung vom 25.11.2005

## **“Wenn ich sie nicht habe, soll sie keiner haben!” – Grüne fordern Schutz von Frauen in Trennungssituationen**

Anlässlich des internationalen Tags gegen Gewalt gegen Frauen am 25.11.05 weisen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf das erschreckend hohe Ausmaß von Gewalt an Frauen in Trennungssituationen hin.

Dazu erklärt Ulrike Maier, Mitglied des AK Frauen von Bündnis90/DIE GRÜNEN in Karlsruhe und Sprecherin der LAG Frauen Baden-Württemberg: "Laut Polizeistatistik sind 80% aller vollendeten Tötungsdelikte an Frauen Beziehungsdelikte, die zudem in 90% der Fälle innerhalb von 48 Std. nach einem kritischen Ereignis, wie z.B. einer Trennung, stattfinden.

Vor allem Frauen sind in Deutschland somit innerhalb der Familie und dem persönlichen Umfeld mehr gefährdet als im öffentlichen Raum."

"Dabei ist für Migrantinnen die Gefahr, in Trennungssituationen getötet zu werden weitaus größer als der sog. "Ehrenmord", so Ulrike Maier. „Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind Frauen mit Migrationshintergrund noch häufiger von häuslicher Gewalt betroffen, so dass hier spezielle Präventivmaßnahmen Anwendung finden sollten. "

Leider wird die Gewalt an Frauen in der Gesellschaft oft als Eifersuchts- oder Familiendrama bagatellisiert. Der Begriff Mord oder Totschlag wird dann nur noch selten benutzt, was dazu führt, dass diese Form der Gewalt als Folge von Beziehungskonflikten als unvermeidbar hingenommen wird. Dass dem nicht so sein muss, zeigt die Präventionsarbeit der Karlsruher Poli-

zei: Mit einer hohen Sensibilisierung der BeamtInnen bei drohender Gefahr und Maßnahmen, wie der 'Gefährderansprache', die potentielle Täter eindringlich auf die Folgen ihres Handelns hinweist, versucht man, diesen Gewalttaten präventiv entgegenzuwirken. Da Tötungsdelikte aus Eifersucht oft im Affekt geschehen, haben die Frauen jedoch nicht immer die Möglichkeit, die Gefahr rechtzeitig zu erkennen. Sprachbarrieren oder ein anderes Verständnis von den Aufgaben der Polizei sind ebenfalls Hemmschwellen, die Frauen davon abhalten, rechtzeitig um Hilfe zu ersuchen.

Die Karlsruher Grünen plädieren dafür, jegliche Präventions- und Aufklärungsarbeit in der Regi-

on zu unterstützen und niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote großflächig zugänglich zu machen. Eine proaktive Aufklärungsarbeit ist insofern notwendig, da gerade in den ersten 48 h nach einer Trennung die Gefahr, Opfer einer Gewalttat zu werden nachweislich am größten ist.

Anlässlich des Aktionstages gegen Gewalt gegen Frauen weisen die Grünen auf eine Veranstaltung hin, die am 25.11. um 20.00 Uhr von verschiedenen Organisationen im Lichthof des Ev. Oberkirchenrat, Blumenstraße 1-7, 76133 Karlsruhe durchgeführt wird: „TATMOTIV EHRE“, Podiumsdiskussion zu Zwangsheirat und Ehrenmorden in Deutschland.

*Pressemitteilung vom 09.11.2005*

## **Neuer Vorstand bei den Karlsruher Grünen**

Auf der Mitgliederversammlung der Karlsruher Grünen am 09.11.05 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Wiedergewählt wurden Michael Borner und Christian Brugger. Neu in den Vorstand gewählt wurden Sabine Just-Höpfinger, Alexander Mehrbreier, Tanja Saini und Anke Weidlich.

Sabine Just-Höpfinger verfügt als früheres Vorstands- und Fraktionsmitglied bereits über langjährige politische Erfahrung bei den Karlsruher Grünen. Alexander Mehrbreier übernimmt die Aufgaben des Kassierers. Tanja Saini gehört

zeitgleich dem Vorstand des Ortsvereins Durlach an. Anke Weidlich ist für den KV Karlsruhe in der Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft aktiv.

Zwei bisherige Vorstandsmitglieder waren nicht mehr angetreten: Ulrike Maier, die per 1.11.2005 das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl übernommen hat und aus Satzungsgründen nicht weiterhin dem Vorstand angehören darf, sowie Johannes Honné, der Jüngeren den Vortritt lassen wollte.

*Pressemitteilung vom 15.12.2005*

## **Grüner Kreisverband unterstützt Klaus Stapf im OB-Wahlkampf**

In ihrer Mitgliederversammlung haben die Karlsruher Grünen Klaus Stapf am Mittwoch einstimmig ihre Unterstützung im OB-Wahlkampf ausgesprochen. In einer ausführlichen und engagierten Rede stellte Stapf die Ziele vor, die er als Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe verwirklichen möchte. Als Kernthemen nannte er dabei die Bereiche Umwelt und Gesundheit, Wirtschaft und Arbeit, Soziales, mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie die Außenbeziehungen der Stadt in der Region.

Als Vorsitzender eines Konzernbetriebsrates und ausgestattet mit internationaler Wirtschaftserfahrung ist Stapf besonders kompetent wenn es darum geht, Wirtschaft und Soziales zusammen zu denken und zu fördern. Dabei lie-

gen ihm die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und qualifizierten (Aus-)Bildungsangeboten besonders am Herzen. Aber auch im Umweltbereich hat sich Stapf bereits als Stadtrat profiliert und möchte insbesondere die Verbesserung der Luftqualität, sowie den Lärm- und Klimaschutz weiter vorantreiben.

Die Mitglieder reagierten begeistert auf Stapf's Rede. "Mit Klaus Stapf haben wir einen hervorragenden Kandidaten für die OB-Wahl in Karlsruhe" äußerte sich die Landtagsabgeordnete Renate Rastätter. Auch der Karlsruher Kreisvorstand freut sich auf einen engagierten OB-Wahlkampf und sieht Stapf als profilierten Kandidaten mit Chancen auf ein gutes Ergebnis.

# GRÜNER Rundbrief

## Ortsverband Durlach

**Martin Pötzsche**  
Bleichstraße 13  
76227 Karlsruhe- Durlach  
☎: 07 21 / 49 16 52  
✉: m.poetsche@web.de

[www.gruene.de/karlsruhe/Ortsverbaende/Durlach/durlach.htm](http://www.gruene.de/karlsruhe/Ortsverbaende/Durlach/durlach.htm)



**Rundbrief 1/06**

**Januar 2006**

Liebe Freunde und Mitglieder der Durlacher Grünen,

ich möchte mich an dieser Stelle erst einmal vorstellen. Ich heiße Martin Pötzsche (42 Jahre alt, verheiratet, 2 Kinder) und bin im November als Nachfolger von Dietmar in den Vorstand unseres Ortsverbandes gewählt worden.

Was mich an den Durlacher Grünen, neben der politischen Grundeinstellung, immer schon sehr angesprochen hat, war die große Transparenz der politischen Arbeit und die Offenheit für die Belange der Durlacher. Dies fortzuführen ist sicherlich eines meiner Hauptziele. Wenn ich in der Kürze meiner politischen Mitarbeit auch schon von Schwerpunkten sprechen darf, liegen diese in den Bereichen Soziales, Familie und die unsere Lebensqualität in Durlach.

Der letzte Wahlkampf liegt gerade 4 Monate zurück und schon steht mit der Landtagswahl Baden-Württemberg am 26. März die nächste Herausforderung vor der Tür. Hoffen wir mal, dass die derzeitige mediale Begeisterung für die Berliner Große Koalition, unsere Oppositionsarbeit im Stuttgarter Landtag nicht überdeckt. Denn gerade bei einem unserer Schwerpunktthemen Bildung haben wir Grüne einiges angestoßen bzw. frühzeitig Korrekturen angemahnt. Auch im Bereich der Atompolitik lassen die letzten Kommentare von Herrn Öttinger sensibel aufhorchen.

Als Wahlkampfhighlight haben wir als Tandem Gisela Splett und Winfried Kretschmann nach Durlach holen können. Sie werden am Fr., 17. Februar, um 18:00 Uhr (voraussichtlich in der Nikolaus Kapelle) ihre Ideen bezüglich Grüner Landespolitik vorstellen. Die verbindliche Information über den Veranstaltungsort folgt schnellstmöglich nach.

Ob es nun gelingt, „mit den Schwarzen grün zu werden“, wie es der Spiegel in einem Artikel überschrieb, werden wir sehen. Auf jedem Fall werden mit Eurer Einsatzfreude einen erfolgreichen Wahlkampf zur Unterstützung unserer Kandidatinnen Renate und speziell Gisela, welche ja in unserem Wahlkreis Ost kandidiert, auf die Beine stellen können. Wer an den Infoständen mitarbeiten möchte, melde sich bitte bei Tanja (Tel. 492274 oder ✉: tanjasaini@web.de). Wir wollen mit dem Straßenwahlkampf am Sa., 04. März beginnen.

Die weiteren Termine und Themen unserer Veranstaltungen in diesem Quartal entnehmt ihr der beige-fügten Auflistung.

Wir möchten an dieser Stelle nicht vergessen, Dietmar für seine lange, aktive Tätigkeit im Vorstand zu danken.

Mit grünen Grüßen, Martin



**Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion**

- |   |  |
|---|--|
| 21.12. <a href="#">Dienstanweisung zum Kauf fair gehandelter Waren</a>  | 23.11. <a href="#">Umwelt- und FFH-Verträglichkeitsprüfung für Grundwasserentnahme im Kastenwört</a> |
| 21.12. <a href="#">Schilderwald in der Fußgängerzone</a>  | 22.11. <a href="#">Veränderte Verkehrsströme nach Eröffnung des "Ettlinger Tor Center"</a>           |
| 13.12. <a href="#">Interfraktioneller Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und KAL zur zweiten Rheinbrücke</a> | 22.11. <a href="#">Änderungsantrag zu TOP der Gemeinderatssitzung Bebauungsplan "Im Lohfeld"</a>     |
| 2.12. <a href="#">Museumspädagogisches Angebot in der Städtischen Galerie</a>   | 21.11. <a href="#">Schilderwald in der Fußgängerzone</a>   |
| 25.11. <a href="#">Gemeinnütziges Bildungsjahr (GBJ) in Karlsruhe</a>   | 11.11. <a href="#">Überschwemmungsgefahr Raffinerien am Rhein</a>                                    |

**Pressemitteilungen gab es außer zu den Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen**

- |   |   |
|---|---|
| 02.01. <a href="#">Einführung einer "Zebratone" unnötig und teuer</a>                           | 15.12. <a href="#">Bewertung der Nachtragshaushaltsberatung aus GRÜNER Sicht (s.u.)</a> |
| 22.12. <a href="#">Offener Brief zur geplanten Räumung der Schwarzwaldstraße 79 (Ex-Steffi)</a> | 28.11. <a href="#">Entscheidung gegen IKEA auf der Hub richtig</a>                      |
| 20.12. <a href="#">Karlsruher Bahnhofsplatz: Nicht nur ein ästhetisches Problem</a>             |   |

Die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter

[www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion](http://www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion)

zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

**Die unendliche Geschichte der Biotonne**

Nach mehreren Versuchen im Gemeinderat und im Umweltausschuss ist es nun endlich geschafft: Die Biotonne kommt – wie ursprünglich geplant – in alle Karlsruher Haushalte.

Mehrere Anläufe, davon der erste noch 2004 in der letzten Legislatur, waren nötig, um den von einer Mehrheit aus FDP und CDU vor einigen Jahren herbei geführten Gemeinderatsbeschluss zur Freiwilligkeit der Biotonne nun wieder rückgängig zu machen.

Dass dieses Thema seit einiger Zeit wieder eine so hohe Brisanz hat, liegt u. a. daran, dass seit Juni 2005 der Karlsruher Restmüll - leider immer noch per LKW - nach Mannheim gefahren und dort verbrannt wird. Darin enthalten sind auch große Anteile an Biomüll, von denen schätzungsweise bis zu 7.000 Tonnen jährlich getrennt gesammelt und verwertet werden könnten.



Die Verbrennung von Biomüll ist sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht ausgesprochen ungünstig. In der Karlsruher Biovergärungsanlage auf der Deponie Ost kann dagegen aus Biomüll mit hoher Effizienz Energie gewonnen werden - und das bei minimalen Transportwegen.

Die Einführung der Biotonne für alle Haushalte ist schlicht vernünftig. Schließlich ist auch die Wertstofftonne eine Pflichttonne und wird von

Karlsruherinnen und Karlsruhern sehr gut angenommen und akzeptiert. Und kaum ein Haushalt mit Biotonne hat die Biomüllsammlung nachträglich wieder aufgegeben, als hierzu keine Verpflichtung mehr bestand.



Eine leichte Erhöhung der Entsorgungskosten ergibt sich lediglich für den Zeitraum der Umstellung. Diese Ausgaben haben sich aber bald amortisiert, denn die spezifische Behandlung von Biomüll ist sowohl bei Fremdvergabe als

auch bei Behandlung in unserer Biovergärungsanlage deutlich günstiger als die von Restmüll.

Bis fest steht, mit welchen zusätzlichen Biomüllmengen zu rechnen ist, soll in der Übergangszeit der durch die erweiterte Sammlung anfallende Biomüll extern entsorgt werden. Danach werden wir erneut einen Vorstoß zur Erweiterung der Karlsruher Biovergärungsanlage auf der Deponie Ost machen, die bereits heute ständig an ihrem Kapazitätslimit arbeitet.

Viele Gründe sprechen für die flächendeckende Biomüllsammlung und wir freuen uns, dass das mittlerweile auch die Mehrheit des Gemeinderates so sieht. Leider waren wir mit einem ähnlichen Antrag bei den Doppelhaushaltsberatungen im März dieses Jahres aufgrund eines Abstimmungsfehlers nicht erfolgreich gewesen. Deshalb haken wir jetzt zusammen mit der SPD, die einen ähnlichen Antrag stellte, noch mal nach – und gewannen! Hin und wieder – leider zu selten – lässt sich mit den veränderten Mehrheiten im Gemeinderat also doch etwas bewegen. Wir hoffen, dass das kein Einzelfall bleibt.

*Bettina Lisbach*

## Beirat für Menschen mit Behinderungen

Dass „Der Gemeinderat“ nicht ein Gremium ist, das einmal im Monat tagt, ist klar. Er zerfällt vielmehr in viele Untergliederungen: Ausschüsse, Aufsichts- und Stiftungsräte, Beiräte und Arbeitsgruppen. Eine dieser weniger bekannten Sektionen, den Beirat für Menschen mit Behinderungen, möchten wir heute vorstellen.

Der Behindertenbeirat (Kurzform) ist ein relativ junges Gremium (seit 2004) und das Erste dieser Art in Baden-Württemberg. Es setzt sich zusammen aus den VertreterInnen der verschiedenen Fachverbände behinderter Menschen, so dass alle Arten von Handicaps eine VertreterIn im Beirat haben. Die Aufgabe besteht hauptsächlich in der Interessensvertretung behinderter Menschen gegenüber der Stadt. Die Gemeinderatsfraktionen sind als Gäste eingeladen - Dorothea Polle-Holl und Tim Wirth nehmen für die Grünen daran teil.

Der Beirat ist ein äußerst produktives und konzentriert arbeitendes Gremium, dessen Vorsitzende (Ritzmann, Weber) ihre Sache so gut machen, dass sich mancher Bürgermeister ein Scheibchen davon abschneiden könnte. Das Engagement des Beirats hat ein sehr breites

Spektrum: Es reicht von der Barrierefreiheit des ÖPNV bis zur Kommentierung der neuen Sozialhilferichtlinien.

Ein ganz praktisches Beispiel ist hier die Begehung des Ettlinger Tor Centers. Alle Gruppen des Beirates waren beteiligt, um die Barrierefreiheit des neuen Konsumtempels zu beurteilen: Rollis, Blinde, Gehörlose prüften auf Herz und Nieren. Für Doro und mich (Tim) war das eine sehr interessante Erfahrung, nimmt man doch Hindernisse aus der Position des Nicht-Behinderten meist gar nicht erst wahr. Da wäre z.B. die Drehtür am Eingang - eine Hürde für Blinde, die die Position der Flügel und deren Geschwindigkeit nicht einschätzen können. Schon am Eingang ist hier fremde Hilfe erforderlich. Oder aber die Behindertenparkplätze im Parkhaus, die auf einer Schräge angelegt wurden - für RollstuhlfahrerInnen eine gefährliche Situation.

Ein weiteres Problem: Wie orientiert sich ein Sehbehinderter? Helle Orientierungstreifen auf dem Boden (zumindest bis zum Infostand) gibt es nicht, viele Lichter und Geräusche erschweren die Orientierung, die Piktogramme für Fahr-

stuhl und Toiletten sind kontrastarme Beschreibungen in Beige-Schwarz und selbst für „normal“ Sehende zu weit oben angebracht. Fazit einer sehbehinderten Teilnehmerin: „Ins ECE-Center geh´ ich nicht alleine rein!“



Begehung ECE im Oktober: Die große Drehflügeltür - erste Barriere im neuen Center

Ein großes Problem für behinderte (und manchmal auch nichtbehinderte) Menschen: Die Toilettenanlagen. Diese wurden im ECE-Center für gut befunden: Groß, relativ gut zugänglich und

funktional, aber – man muss sie erst einmal finden!

Es sei angemerkt, dass der Beirat mit seinen Anliegen (beispielsweise beim Centermanagement des ECE) nur selten auf taube Ohren stößt: Auch den Geschäftsleuten ist mittlerweile klar, dass Barrierefreiheit letztlich allen nützt, und mehr Leute in die Läden lockt. Die Stadt ist da hartleibiger: Der barrierefreie Ausbau des ÖPNV kommt nur langsam voran, die Innenstadt verfügt derzeit über keine einzige derartige Haltestelle. Zwar soll die Herrenstraße provisorisch ertüchtigt werden, ein Antrag von Grünen und SPD vom November 2005, auch den Knoten Hauptbahnhof endlich auszubauen, wurde wachswich abgebügelt. Man braucht das Geld wohl anderweitig.

Fazit: Der Beirat für Menschen mit Behinderungen ist ein wichtiges und sinnvolles Instrument um die Interessen der Menschen mit Behinderungen voranzutreiben. Aber: engagierte Mitglieder brauchen einen langen Atem - so wie es aussieht, haben sie den.

*Doro Polle-Holl, Tim Wirth*

## Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Karlsruhe

Mit dem Anfang 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz wurde die reguläre Zuwanderung nach Deutschland neu geregelt. Ein nach wie vor offenes Problem bleibt jedoch die Situation irregulär in Deutschland lebender Menschen. Ihnen bleiben grundlegende Rechte, wie der Anspruch auf eine medizinische Versorgung, das Recht auf Bildung sowie auf einen angemessenen und einklagbaren Arbeitslohn häufig verwehrt.

Auch in Karlsruhe leben Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Die Ausländerbehörde geht von 300 – 500 Illegalen in Karlsruhe aus, den bundesweiten Schätzungen zufolge (ca. 1% der Bevölkerung) dürfte die tatsächliche Zahl für Karlsruhe aber deutlich höher liegen.

Menschen leben aus den unterschiedlichsten Gründen in der Illegalität: Viele sind Arbeitsmigrantinnen und -migranten, manche sind ehemalige Studierende oder Aupairs, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, aber nicht legal hier leben können. Auch nachgezogene Familienangehörige von legal Zugewanderten leben häufig in der Illegalität. Eine andere bedeutende Gruppe sind untergetauchte

Flüchtlinge, denen ein legaler Aufenthaltstitel in Deutschland verweigert wird.

Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die ohne Aufenthaltsrecht hier leben, bestimmen mittlerweile viele Bereiche unseres täglichen Lebens. Sie sind billige Arbeitskräfte auf Baustellen und in der Landwirtschaft, arbeiten schwarz als Pflegekräfte oder Haushaltshilfen in deutschen Familien oder auch als Zwangsprostituierte.

Das geht häufig solange gut, bis sich das Problem der medizinischen Versorgung stellt: Eine Krankenversicherung ist nicht vorhanden, und zudem bewegen sich Ärzte, die Illegale behandeln, am Rande der Legalität. Andere Probleme stellen sich, wenn schulpflichtige Kinder da sind. Aus der begründeten Angst vor schwerwiegenden Konsequenzen schicken viele Eltern ihre Kinder nicht in die Schule. Und Schulleiter, die irregulär in Deutschland lebende Kinder nicht an die zuständige Behörde melden, bewegen sich in einer rechtlichen Grauzone. Auch ermöglicht der Status der Illegalität vielen Arbeitgebern, ihre Arbeitskräfte oft hemmungslos auszunutzen, ihnen den vereinbarten Lohn zu verweigern und vieles mehr. Aus der be-

rechtigten Angst, entdeckt zu werden, wagen es Menschen in der Illegalität meist nicht, ihre Rechte einzuklagen.

In vielen Städten, allen voran München und Freiburg, gibt es mittlerweile von der Kommune unterstützte Initiativen, die sich Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus widmen. Da gibt es Ärzteinitiativen, die Illegale anonym und kostenlos behandeln, Stadtverwaltungen, die Schulleitern mitteilen, sie müssten nicht nachfragen woher die Kinder kommen, die ihre Schule besuchen, Fonds für Nichtversicherte und Beratungsstellen für illegal hier Lebende. Neben der Verbesserung der Lebensbedingungen für die irregulär in Deutschland lebenden Menschen werden dabei auch immer Wege zurück in die Legalität aufgezeigt.

Um solche oder ähnliche Initiativen auch in Karlsruhe zu begründen, haben wir in einem Antrag an den Gemeinderat empfohlen, dass sich der Ausländerbeirat mit der Situation illegal in Karlsruher lebenden Menschen beschäftigt. Damit waren wir erfolgreich: Zur Sitzung des Ausländerbeirat am 19.12.05 waren erfahrene Experten aus München und Freiburg eingeladen,

um über ihre kommunalen Initiativen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Illegalen zu berichten.

Im Anschluss an eine ausgiebige Diskussion unterstützte der Ausländerbeirat mehrheitlich eine Beschlussvorlage des Sozialdezernats, die Stadtverwaltung solle in Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden Initiativen zur Unterstützung von Illegalen in Notlagen koordinieren. Auch sprach sich der Ausländerbeirat mit großer Mehrheit für die Unterzeichnung des „Manifestes zur Illegalen Zuwanderung“ aus, welches zu einem breiten öffentlichen Diskurs über dieses in Deutschland immer noch stark tabuisierte Thema aufruft. Demnächst werden diese Themen dann auch im Gemeinderat behandelt werden.

Wir hoffen, dass sich aus diesen viel versprechenden Anfängen sinnvolle und praxisnahe Projekte entwickeln, die die Lebenssituation von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Karlsruhe nachhaltig verbessern und ihnen gleichzeitig Wege aus der Illegalität aufzeigen helfen.

*Bettina Lisbach*

*Mitteilung an die Medien vom 15.12.2005*

## **Bewertung der Nachtragshaushaltsberatung aus GRÜNER Sicht**

Die GRÜNE Gemeinderatsfraktion zeigt sich insgesamt zufrieden mit dem Ergebnis der Nachtragshaushaltsberatungen am Dienstag.

Erfreulich ist nach Ansicht der Fraktionsvorsitzenden Splett, dass die so genannte neue Mehrheit im Gemeinderat diesmal deutliche Akzente setzen konnte. Spürbar war dies unter anderem bei der Abstimmung über die Biotonne, wo es nun endlich gelungen ist, die ökologisch und ökonomisch sinnvolle Einführung der stadtweiten Biotonne als Pflichttonne auf den Weg zu bringen.

Als Erfolg zu werten ist auch die erhöhte Miteinstellung für die Umsetzung des Radverkehrskonzepts. Es stehen nun 2006 30.000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit, 200.000 Euro für die Errichtung der ersten Radroute sowie 60.000 Euro für die Radverkehrswegweisung zur Verfügung.

Weitere erfolgreiche GRÜNE Anträge waren Zuschusserhöhungen für den Sozialdienst katholischer Frauen sowie für den Einbau eines Behindertenaufzugs in einem Gebäude der ASB. Hierzu hatten z.T. alle Fraktionen Anträge ein-

gebracht und damit ihre Unterstützung für die betroffenen sozialen Einrichtungen signalisiert.

Mit Unterstützung der GRÜNEN wurden außerdem Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Frauenbeauftragten, eine Zuschusserhöhung zugunsten des Mütterzentrums, die Erhöhung der Zuschüsse fürs Fächerbad und Investitionszuschüsse für die Sängerkirche Knielingen beschlossen.

Keine Mehrheit fand ein Grüner Antrag zur Beschäftigung einer zoopädagogischen Fachkraft.

Insgesamt hätte sich die GRÜNE Fraktion einen sparsameren Umgang mit den städtischen Finanzen gewünscht. Zur Streichung vorgeschlagen hatten die GRÜNEN – ebenso wie die SPD – die für die Folgeprojekte der Kulturhauptstadtbewerbung vorgesehenen Mittel. Nach Ansicht von Gisela Splett ist die Ausgabe von 100.000 Euro (plus noch nicht vorhersehbarer Folgekosten) auf der Grundlage der sehr unausgewogenen Konzeptpapiere nicht zu rechtfertigen.

Weitere Einsparmöglichkeiten sahen die GRÜNEN bei Investitionen im Zoo. Hier verfolgen die

GRÜNEN ein grundsätzlich anderes Konzept als die Mehrheit des Gemeinderats. „Statt der jetzt geplanten sehr kostenintensiven Gehege für einzelne Tiere wünschen wir ein stärker an Tierchutzaspekten und der Funktion des Zoos als Bildungseinrichtung ausgerichtetes Konzept, das auch andere Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung nutzt. Hinzu kommt, dass wir Zoo und Stadtgarten als Erholungsfläche für die KarlsruherInnen erhalten und auch langfristig moderate Eintrittspreise halten wollen“, führt Gisela Splett aus.

Auch beim Wildparkstadion sind die GRÜNEN der Ansicht, dass ein Teil der nun eingestellten Gelder für die dort notwendigen Umbaumaßnahmen nicht nötig ist. Zur Umsetzung der sicherheitsrelevanten Maßnahmen reichen demnach ca. 2 Mio. Euro aus. „Wenn man mehr als notwendig in ein Provisorium steckt, schmeißt man Geld zum Fenster raus“, so Splett. Aber offensichtlich wurde hier von der Verwaltung nicht mit spitzem Stift gerechnet, sonst hätte man sich auch beim SVK Beiertheim für eine um 1,7 Mio. Euro günstigere Lösung entscheiden können. Auch wenn also nicht alle Wünsche der GRÜNEN erfüllt wurden, gehen die Ergebnisse der Beratung ihrer Ansicht nach in die richtige Richtung, hin zu einem sozialeren und ökologischeren Karlsruhe.

Erfreut ist die GRÜNE Gemeinderatsfraktion auch darüber, dass in der Gemeinderatssitzung am Dienstag ein Entwicklungsplan „Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder unter 3 Jahren“ verabschiedet wurde. „Dass nun endlich Konzepte für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung erarbeitet werden und

wir nicht mehr – wie noch vor wenigen Jahren - Grundsatzdebatten über die Betreuung Unter-3-Jähriger in Tageseinrichtungen führen müssen, ist ein klarer Fortschritt“, betont Stadträtin Gisela Splett. „Dies haben wir langjährigem politischen Druck auf kommunaler Ebene, aber auch dem von ROT-GRÜN verabschiedeten Tagesbetreuungsausbaugesetz zu verdanken.“

Der Entwicklungsplan wird von den GRÜNEN deshalb begrüßt und als wichtiger Schritt in die richtige Richtung gewertet.

Allerdings sei davon auszugehen, dass auch bei Erfüllung der gesetzten Ziele der Betreuungsbedarf bis 2010 nicht wirklich gedeckt werden könne. Dies zeige auch der Vergleich mit skandinavischen Ländern, denen gegenüber wir enormen Nachholbedarf haben. Aus Sicht der GRÜNEN müssen deshalb noch weitere Anstrengungen folgen; auch im Bereich der Betreuung durch Tagesmütter gelte es die Rahmenbedingungen noch weiter zu verbessern.

Ausdrücklich loben die GRÜNEN die Erarbeitung eines trägerübergreifenden Eckpunktepapiers für die Arbeit mit Kindern unter 3 Jahren. Dies mache deutlich, dass es nicht nur um Betreuung, sondern auch um Bildung geht. Wichtig sei deshalb, dass tatsächlich genügend Fachkräfte in den Einrichtungen beschäftigt werden.

Die Umsetzung des Entwicklungsplans soll nun dazu beitragen, die langen Wartelisten in den Kindertagesstätten abzubauen. Junge Eltern sollen sich zukünftig darauf verlassen können, dass sie einen Betreuungsplatz entsprechend ihrer Bedürfnisse und der Bedürfnisse ihrer Kinder finden.

**... kurz berichtet ... kurz berichtet ... kurz berichtet ... kurz berichtet ... kurz berichtet ..**

Am 28.11.2005 fand die Sitzung der Gemeinderatsfraktion im **Kinder- und Jugendhaus Durlach** in der Weiherstraße 1 statt. Die Sitzungs-Infrastruktur war hervorragend. Und dazu gab es noch eine Führung durch das neu gestaltete Haus mit seinen vielfältigen und attraktiven Angeboten.

...

Der Planungsausschuss hat entgegen der Presseberichterstattung in den BNN vom 30.11.2005 dem Zwischenbericht der Stadtverwaltung zum **Hochhauskonzept** nicht zugestimmt; er hat lediglich einen vorgetragenen Sachstandsbericht zur Kenntnis genommen.

Aber so geht's halt manchmal bei der öffentlichen Berichterstattung über nicht-öffentliche Ausschüsse. Aus Sicht der Fraktion wäre es ohnehin besser, Themen wie das Hochhauskonzept in öffentlicher Ausschuss-Sitzung zu behandeln.

...

Anne Segor und Gisela Splett haben dem **Forschungszentrum Karlsruhe** am 30.11.05 einen Besuch abgestattet und sich über Projekte zur energetischen Nutzung von Biomasse informiert – nach dem Motto „aus Stroh mach' (flüssiges) Gold“ bzw. Kraftstoff.

Pressemitteilung Renate Rastätter vom 8.12.2005

## Kein klares Nein zum Passagierflughafenbetrieb in Lahr aus dem Staatsministerium

### Genehmigung wird hinter verschlossenen Türen vorbereitet

Die Antwort aus dem Staatsministerium auf ihren Abgeordnetenbrief ist für die Karlsruher Landtagsabgeordnete ein deutliches Signal, dass die Vorbereitungen für den Passagierflugbetrieb Lahr hinter verschlossenen Türen bereits in vollem Gange sind. Frau Rastätter hält es für bezeichnet, dass sich Ministerpräsident Oettinger erneut um eine Antwort gedrückt hat und seinen Staatsminister Stächele vorgeschoben hat. „Ausgerechnet Stächele! Oettinger hat hier doch den Bock zum Gärtner gemacht“, kritisiert Rastätter, „denn in den letzten Monaten ist immer deutlicher geworden, dass Stächele einer der Haupttriebskräfte für die Genehmigung des Passagierflugbetrieb Lahr ist.“

Was die Landesregierung von den neuen „strategischen Überlegungen von Babcock & Brown“ hält kommt recht deutlich zur Sprache. Es gehe darum, „ohne Denkverbote“ bei den sehr sachlich verlaufenden Gesprächen mit den Beteiligten vor allem um die Frage, „ob sich durch den Europa-Park Rust für einen Verkehrsflughafen Lahr zusätzliche Verkehre erschließen lassen. Besteht mit anderen Worten ein Bedarf, der zusätzlich zu den in der Region bestehenden Angeboten abgedeckt werden sollte?“

Obwohl Stächele einräumt, dass die Gespräche „rechtlich und politisch schwierig“ seien, würden sie jedoch fortgesetzt, „weil das Land die Pflicht hat, das neue und interessante Konzept eines überaus seriös und planvoll auftretenden Investors zumindest sorgfältig zu prüfen.“ Und schließlich wirft Stächele so nebenbei ein, dass Ministerpräsident Oettinger doch dabei „die Auswirkungen auf die regionale Flughafeninfrastruktur genau im Auge“ habe, das hätte doch Ministerpräsident Oettinger wiederholt betont.

Pressemitteilung Renate Rastätter vom 4.1.2006

### MdL Renate Rastätter (Grüne) zum Baden-Jubiläum im Jahr 2006:

#### „Beide runden Geburtstage müssen der Landesregierung gleich wichtig sein“

Vor 200 Jahren wurden im Zuge der napoleonischen Neuordnung Europas das Großherzogtum Baden und das Königreich Württemberg gegründet. Während das Württemberg-Jubiläum seitens der Landesregierung mit einer großen Landesausstellung in großem Stil gewürdigt wird, sind bislang keine Aktivitäten der Landesregierung zu erkennen, den runden Geburtstag des badischen Landesteils in besonderer Weise würdigen. Selbst der badische Staatsminister Stä-



chele noch deutlicher wird Staatsminister Stächele in einem aktuellen Interview der Zeitschrift *Econo*, Ausgabe Baden (23.12.05). Auf die Frage, ob es eine Lizenz mit Einschränkungen geben würde, um Kannibalismus auszuschließen, antwortet Stächele: „Die Diskussion um das Thema hat zum Glück eine neue Qualität erhalten. Es ist nicht mehr so, dass zwei Züge aufeinander zurasen. Immer mehr begreifen, dass in Lahr eine Chance besteht! Diese Investitionsbereitschaft kann der Region viel bringen, vor allem dem Tourismus. Man hat auch begriffen, dass in dieser Sache additiv gedacht werden muss.“

Für Frau Rastätter ist somit klar, dass die Würfel in der Sache längst gefallen sind. „Nur ein entschiedener Widerstand aus der Region Karlsruhe kann noch verhindern, dass wir an der Rheinschiene die ökonomisch und ökologisch absurde Situation bekommen, die höchste Flughafendichte Europas zu erreichen. Das Land hat doch in einem Gutachten selbst festgestellt, dass kein weiterer Bedarf am Oberrhein besteht. Ministerpräsident Oettinger muss hartnäckig daran erinnert werden, dass es auch um die Glaubwürdigkeit der Landesregierung gegenüber der Region Karlsruhe geht.“

„Die zum Leitprinzip gewordene Devise „allen wohl und keinem Weh“ des Ministerpräsidenten wird im Fall Lahr nicht funktionieren. Denn natürlich würde es bei zwei Regionalflughäfen, die nur 50 km voneinander entfernt sind, zu scharfer Konkurrenz und ruinösem Wettbewerb kommen. Dabei würden auch Millionensubventionen von Land und Kommunen in den Sand gesetzt werden“, so Rastätter.

chele war dieser Tage offenbar sehr erstaunt darüber, dass es noch keine Vorbereitungen der Landesregierung für den badischen Geburtstag gibt und hat deshalb angekündigt, dass im Sommer 2006 ein großer Empfang der Landesregierung im Karlsruher Schloss anlässlich des Baden-Geburtstags stattfinden solle.

Ein Empfang der Landesregierung ist allerdings kein Ersatz für Veranstaltungen und Aktivitäten, die an die badische Geschichte erinnern und eine

intensive Auseinandersetzung mit ihr ermöglichen. Frau Rastätter fordert deshalb die Landesregierung mit einer parlamentarischen Initiative auf, ihre Vorbereitungen für beide Geburtstage offen zu legen und vor allem auch darzustellen, welcher Mitteleinsatz für beide Landesjubiläen beabsichtigt ist.

Für die badische Abgeordnete steht fest, dass die Landesregierung in der Pflicht steht, die Jubiläen beider Landesteile mit ihrer unterschiedlichen Geschichte, Kultur und Entwicklung in gleicher Weise zu würdigen und zu fördern. Dabei, so Rastätter, könne sich die Würdigung durchaus unterscheiden. Wenn zum badischen Landesteil keine große Landesausstellung stattfindet, dann gibt es

eine Vielzahl anderer Möglichkeiten. Beispielhaft, so Rastätter, ist dabei die die Planung der Wirkstatt, e.V. eines durch seine kreativen Ideen bekannten regionalen Kulturvereins, mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen, bei denen sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen können, das Baden-Jubiläum zu feiern. Gleichmaßen bedeutsam sind die Forderungen der Landesvereinigung Baden in Europa, die seit längerem Mittel aus der Landesstiftung für das Baden-Jubiläum fordert.

Jetzt ist der Wille der Landesregierung gefragt, auch das Baden-Jubiläum in ganz besonderer Weise zu würdigen, so Rastätter abschließend.

*Und hier die parlamentarische Initiative vom 4.1.2006:*

### **Kleine Anfrage der Abg. Renate Rastätter GRÜNE**

#### **200 Jahre Baden und Württemberg – Landesveranstaltungen im Jubiläumsjahr**

Ich frage die Landesregierung:

1. Seit wann laufen die Vorbereitungen der Landesregierung für 200 Jahre Baden und 200 Jahre Württemberg im Jahr 2006?

2. Welche Veranstaltungen und Publikationen sind von der Landesregierung für die beiden Jubiläen bislang geplant (bitte aufschlüsseln nach Baden und Württemberg)?

3. Aus welchen Gründen gibt es im württembergischen Landesteil eine große Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs, nicht aber eine entsprechende Landesausstellung im badischen Landesteil?

4. Wie viele Landesmittel sind für die geplanten Veranstaltungen einschließlich der großen Landesausstellung in Württemberg bislang für die Jubiläumsaktivitäten in Baden und Württemberg veranschlagt? Sind dabei auch Mittel aus der Landesstiftung vorgesehen?

5. Ist die Landesregierung bereit, Mittel in gleichem Umfang für das Baden-Jubiläum bereitzustellen wie dies für Württemberg der Fall ist?

6. Welche Jubiläumsaktivitäten sind der Landesregierung aus den beiden Landesteilen Baden und Württemberg seitens der Kommunen bekannt?

7. Wie beurteilt die Landesregierung die geplanten Aktivitäten der Wirkstatt e.V. sowie die geplanten gemeinsamen Aktivitäten der Wirkstatt e.V. und der Landesvereinigung Baden in Europa, die mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen die 200-jährige Geschichte Badens würdigen möchten?

8. Mit welcher finanziellen Unterstützung, u. a. der Landesstiftung, können die Initiatoren dieser dezentralen vielfältigen Aktivitäten rechnen?

#### **Begründung:**

Im Jahr 1806 wurden im Zuge der napoleonischen Neuordnung Europas das Großherzogtum Baden und das Königreich Württemberg gegründet. Im Jubiläumsjahr 2006 findet anlässlich des runden Geburtstags des württembergischen Landesteils eine große Landesausstellung statt. Für die Würdigung der 200-jährigen badischen Geschichte sind offenbar bislang keine Landesveranstaltungen in größerem Stil seitens der Landesregierung beabsichtigt. Jüngste Äußerungen des Staatsministers Stächele lassen erkennen, dass die Landesregierung ihre bisherige Untätigkeit nunmehr durch einen großen Empfang der Landesregierung im Sommer im Karlsruher Schloss wettmachen möchte. Ein solcher Empfang kann allerdings kein Ersatz für Veranstaltungen und Aktivitäten zur Erinnerung und Auseinandersetzung mit der 200-jährigen badischen Geschichte sein. Die Landesvereinigung Baden in Europa fordert zu Recht seit längerem ein größeres Engagement der Landesregierung und Mittel aus der Landesstiftung. Erfreulicherweise gibt es in der Region Karlsruhe inzwischen ein vielfältiges Engagement zur Vorbereitung der 200-Jahrfeier Badens. Vor allem die Wirkstatt e.V., ein hoch anerkannter regionaler Kulturverein, hat ein breit gefächertes Programm für das Baden-Jubiläum entwickelt, das u.a. mit der Stadt Karlsruhe, der Landesvereinigung Baden in Europa sowie weiteren Kulturinitiativen durchgeführt werden soll und über mehrere Monate angelegt ist. Erwartet wird von der badischen Landesseite, dass die Landesregierung beide Geburtstage in gleicher Weise würdigt und fördert.



## MdB Sylvia Kotting-Uhl

**Wahlkreisbüro Karlsruhe**, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
 Telefon: 0721 – 1518687, Telefax: 0721 – 1518690  
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

**Büro Berlin**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42  
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

zuallererst wünsche ich euch noch einmal ein gutes Neues Jahr und uns allen wünsche ich ein politisch erfolgreiches Jahr mit einem guten grünen Ergebnis bei der Karlsruher OB-Wahl, einem zweistelligen Landtagswahlergebnis und einer erfolgreichen Oppositionsarbeit in Berlin.

Die ersten Veranstaltungen der grünen Oppositionsfraktion finden am Tag vor unserer Wörlitzer Klausur statt. Ich werde eine davon unter dem Titel „Bio im Tank“ leiten. Es geht um den Aspekt der Strategie „Weg vom Öl“, dem neben dem Wärmesektor zumindest in unserem Land die wichtigste Rolle zukommt: der Reduzierung des Verbrauchs fossiler Kraftstoffe. Biokraftstoffe sind dabei ein wichtiger Baustein neben Verbrauchsminderung, Verkehrsverlagerung und alternativen Antrieben. Biodiesel, Pflanzenöl, Bioethanol werden schon heute in sehr unterschiedlichem Ausmaß genutzt. Ihr Potenzial ist nur durch die Fläche begrenzt, die zum Anbau nachwachsender Rohstoffe insgesamt zur Verfügung steht.

Bis 2009 gilt die von rot-grün eingeführte Steuerbefreiung für biogene Kraftstoffe. Die schwarz-rote Koalition will stattdessen eine Beimischungspflicht einführen. Zusätzlich ist dieses Instrument zu begrüßen, als Ersatz wird es fatale Wirkungen haben. Die Mineralölkonzerne werden sich die Biokraftstoffe nach Angebot auf dem Weltmarkt besorgen, die bereits vielerorts dezentral produzierenden hiesigen kleinen Produzenten werden nicht mithalten können.

Wir werden bei unserer Veranstaltung mit dortigen regionalen Akteuren die Vorteile der Biotreibstoffe und der grünen Strategie zur Förderung dieser Treibstoffe diskutieren. Sie findet – wie die Klausur – in Sachsen-Anhalt statt und ist damit ein bisschen weit weg von der badischen Residenz, aber ihr sollt wissen, dass „Weg vom Öl“ als Klimaschutz-, Arbeitsplatz- und globale Konfliktvermeidungsstrategie weiterhin im Fokus der grünen Bundestagsfraktion liegt.

Mit herzlichen Grüßen, Eure Sylvia Kotting-Uhl

*Pressemitteilung vom 07.01.2006*

### MdB Sylvia Kotting-Uhl kritisiert Einbürgerungsfragebogen der Landesregierung

Scharfe Kritik äußert Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl, ehemalige Landesvorsitzende der Grünen in Baden-Württemberg, am Einbürgerungs-Fragebogen der Landesregierung. Er solle nach Angaben des Justizministeriums den Beamten als Gesprächsleitfaden dienen und mit dazu beitragen, „verfassungsfeindliche Muslime“ zu entlarven. „Dieser Fragebogen ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die jetzige Landesregierung noch nicht begriffen hat, was Integration heißt und vor allem: was sie braucht. Solange jeder Muslim als potentieller Fundamentalist vorverurteilt wird, kann Integration weder von der aufnehmenden, noch von Migrantenseite gelingen. Die Gesellschaft wird dadurch erneut gespalten und in der Öffentlichkeit Fremdenangst gesät.“ Und dies stehe, ergänzt MdB Sylvia Kotting-Uhl, einer ernst gemeinten Integrationsarbeit konträr entgegen. Dass der Ein-

bürgerungsfragebogen ein wirksames Instrument sei, um MigrantInnen muslimischen Glaubens von Fundamentalisten zu unterscheiden, werde inzwischen mehrheitlich bezweifelt. Alleine die Tatsache, dass nur einer bestimmten, religiös definierten Einwanderungsgruppe ein solcher Fragebogen vorgelegt werde, sei herabwürdigend und entspreche nicht dem im Grundgesetz verbrieften Gleichheitsgrundsatz. Ob dadurch - so eine Intention des Justizministeriums - dem Entstehen von Parallelgesellschaften vorgebeugt werde, sei zu bezweifeln. „Integration ist ein langwieriger Prozess, der von allen Seiten mit Ernsthaftigkeit und der gebotenen Sensibilität getragen werden muss. Mit Vorverurteilungen, wie dieser Gesinnungstest sie beinhaltet wird da mehr kaputtgemacht als aufgebaut,“ ist sich Sylvia Kotting-Uhl sicher.

Pressemitteilung vom 04.01.2006

## **Zebratonne keine Alternative**

Die Forderung der FDP/Aufbruch Fraktion nach Einführung der „Zebratonne“, in der Verpackungs- und Restmüll gemeinsam entsorgt werden, sollte nicht von dem Argument begleitet werden, die Befürworter des drei Tonnen Systems (Biomüll, Verpackungsmüll, Restmüll) würden aus ideologischen Gründen daran festhalten. „Es geht nicht darum, mündige BürgerInnen bevormunden zu wollen, sondern darum, politische Konzepte anzubieten, die die Umweltbelastung reduzieren und dem Mülltourismus entgegenwirken“, gibt MdB Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag zu bedenken. Dies sei ihrer Meinung nach zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Karlsruhe gegeben.

Insgesamt habe die Mülltrennung nachweislich zu einem bewussteren Umgang mit Abfallstoffen geführt. Mit der flächendeckenden Einführung der Biotonne in Karlsruhe – der Gemeinderat stimmte im Dezember mit knapper Mehrheit einem entsprechenden Antrag der Grünen zu – sei jetzt die Diskussion um die so genannte Zebratonne erneut aufgekommen.

Aus grüner Sicht, so die Expertin Sylvia Kotting-Uhl, seien die Auswirkungen der Zebratonne

momentan eher kritisch zu bewerten: die wenigen teuren Sortieranlagen, in denen die Trennung von Rest- und Verpackungsmüll durchgeführt werden könne, führten unter Umständen zu einem landes-, bundes- und selbst europaweiten Mülltourismus. Schon heute befände sich nach Auskunft von Umweltorganisationen ca. ein Drittel des Abfalls auf der Suche nach billiger Beseitigung auf den Autobahnen, der Abfallverkehr mit belastenden Umweltfolgen steige weiterhin an. Ein weiteres Argument der Bundestagsabgeordneten: Die Vermischung von Verpackungs- und Restmüll fördere u. U. die Produktion von Stabilat als billigem Sekundärrohstoff für Biomasseheizkraftwerke. Dabei handle es sich um getrockneten und gepressten Restmüll, der auch nach aufwändigen Sortiervorgängen nicht frei von Schwermetallen und organischen Chlorverbindungen sei. Außerdem bestehe die Gefahr, dass die in vielen Jahren erreichten Erfolge im Vermeidungsverhalten und umweltschonender Müllentsorgung den Interessen einer Abfallindustrie geopfert werden, die sich nicht etwa der Ökologie, sondern der Profitmaximierung verschrieben habe,“ unterstreicht Sylvia Kotting-Uhl ihre Bedenken.

Pressemitteilung der Bundestagsfraktion vom 13.12.2005

## **Mit REACH ist die erste echte Bewährungsprobe des Umweltministers gründlich gescheitert**

Anlässlich des heutigen Sondertreffens des EU-Rates für Wettbewerbsfähigkeit zur Chemikalienverordnung REACH, erklärt **Sylvia Kotting-Uhl**, umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion:

Äußerungen von Umweltminister Gabriel im Vorfeld des heutigen Ministerrates gegen eine befristete Zulassung von gefährlichen Stoffen sind eine Kapitulation vor einer zukunftsfähigen Umweltpolitik. Damit wird deutlich, dass der Umweltminister sein selbst erklärtes Ziel - ein anspruchsvoller Umweltschutz mit erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung zu verknüpfen - gleich bei seiner ersten echten umweltpolitischen Bewährungsprobe an den Nagel hängt.

Tatsächlich bringt nur eine befristete Zulassung von gefährlichen Chemikalien einen Anreiz, neue ungefährliche Stoffe zu entwickeln. Als gefährlich erkannte Chemikalien auf Dauer zuzulassen, ist gegenüber Mensch und Umwelt verantwortungslos und nimmt außerdem der europäischen Chemieindustrie die Chance, mit

der Entwicklung "sanfter Alternativen" auch ökonomisch zu profitieren und sich so einen Wettbewerbsvorteil zu erarbeiten.

Wir erwarten, dass der Umweltminister sich für ein REACH einsetzt, das tatsächlich dem Anspruch gerecht wird, Umwelt und Gesundheit zu schützen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie zu stärken. Ein REACH also, das

- aussagekräftige Informationen über alle produzierten Chemikalien liefert
- gefährliche Chemikalien nicht zulässt, wenn ungefährlichere Alternativen vorhanden sind
- gefährliche Chemikalien – wenn überhaupt - nur befristet zulässt
- endlich die Beweislast auf die Hersteller überträgt und
- die "großen" Hersteller nicht auf Kosten kleiner und mittelständischer Hersteller und Weiterverarbeiter – zum Beispiel durch expositions- und risikobasierte Ansätze - entlastet.

# GRÜNE KONTAKTE · GRÜNE KONTAKTE

Deutsche Post 

Entgelt bezahlt  
76133 Karlsruhe 11

## BUNDESTAGSABGEORDNETE:

### **MdB Sylvia Kotting-Uhl,**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 – 227 747 42,  
Fax 030 – 227 767 42, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de  
Wahlkreisbüro Karlsruhe: Sophienstr. 58, 76133 KA,  
Tel. 0721 – 1518687, Fax 0721 – 1518690,  
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

## LANDTAGSABGEORDNETE:

### **Renate Rastätter,** Lenzstraße 10, 76137 KA

Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1  
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**  
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

## REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

**Klaus Stapf** (Fraktionssprecher) · Tel. 40 32 35

## BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

### **Dieter Emig** und **Gabi Schiller**

Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6  
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr  
gruene@fraktion.karlsruhe.de

## GEMEINDERATSMITGLIEDER:

### **Dr. Gisela Splett** (Fraktionssprecherin)

Stadtentw., Verwaltung u. Finanzen, Natur- u. Tierschutz  
Breslauer Str. 43d · 76139 Karlsruhe Tel. 96 87 18 6

### **Klaus Stapf** (stellvertretender Fraktionssprecher)

Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt  
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe  
Tel.: dienstl. 40 94 -296 · privat 40 32 35

### **Dr. Hildegund Brandenburg** (Bauen, Kultur)

Badenerstr. 21 76227 Karlsruhe Tel. 42 89 8

### **Bettina Lisbach** (Gesundheit,

Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr)  
Amthausstr. 33 76227 Karlsruhe Tel. 94 18 45 7

### **Dr. Dorothea Polle-Holl** (Frauen, Jugend, Soziales,

Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

### **Andreas Ruthardt**

(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)  
Friedrichstr. 67 76229 Karlsruhe Tel. 48 20 38

### **Anne Segor** (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)

Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

### **Tim Wirth** (Bauen, Verkehr, Soziales)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

## ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

### **Winnie Kratzmeier-Fürst**

Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

### **Ralf Köster,** Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

### **Dietmar Maier** Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

### **Dr. Heike Puzicha-Martz**

Hildebrandstr. 31a, 76227 Karlsruhe, Tel. 49 43 98

### **Dr. Ulrich Wagner,** Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

## ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

### **Karl Berger,** Durlacher Str. 62 · 76229 KA · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger,** Im Jäger 19, 76229 KA,  
Tel 55 41 24

### **Alexandra Knöbl,** Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

## ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

**Klaus Junker,** Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,  
Anschriftenberichtigungskarte senden an:

**GRÜNE      Sophienstraße 58      76133 Karlsruhe**

## GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

### **Dr. Ute Leidig**

Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe  
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4  
kv.karlsruhe@gruene.de      www.gruene-karlsruhe.de  
Sprechzeiten Mo, Mi, Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

## BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 18 Uhr im Grünen Büro

### **Michael Borner** (Kinder, Jugend, Gesundheit)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

### **Christian Brugger** (Soziales, Bürgerrechte, Tierschutz, Wirtschaft), Markgrafenstr. 52, 76133 KA, Tel. 0178-5562861

### **Sabine Just-Höpfinger** (Umweltschutz, erneuerbare Energien, Anti-AKW), Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

### **Alexander Mehrbreier** (Städtebau, Verkehr), Luisenstr. 29, 76137 KA, 93 38 454

### **Tanja Saini** (Migration, Frauen, Arbeit, Tierschutz),

Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

### **Anke Weidlich** (Energie, Wirtschaft, Hochschule),

Hirschstr. 25, 76133 KA, Tel. 17 47 86 5

## AK FRAUEN:

**Dorothea Polle-Holl** · Tel. 57 41 48

## AK Lesben und Schwule:

Treffen jeden 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr im Grünen Büro

Kontakt: **Michael Gast**, Tel. 937 40 43

## Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

### **Anna-Kathrin Wesolowski,** Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

### **Lars Kirchberg,** Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

## ORTSVEREIN Durlach:

### **Martin Pötzsche,** Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

### **Tanja Saini,** Reichenbachstr.12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

### **Wolfgang Semmler,** Bienleinstorstr. 37, 76227, Tel. 406252

### **Gerhard Stolz** (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## ORTSVEREIN Neureut:

### **Klaus Junker,** Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

## ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

### **Matthias Voigt,** Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel: 9890361

**Uschi Blombach,** Seewiesenäckerweg 31, 76199 KA,  
Tel: 83 02 28 1

### **Eva-Elisabeth Herold**

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 Karlsruhe, Tel: 88 34 01